

Eine interessante Wendung

Die Zürcher Ökonomin Dina Pomeranz vertritt eine Volkswirtschaftslehre der jungen Generation, die sich vor allem mit der Frage «Wie ist es?» befasst und weniger mit der Frage «Wie sollte es sein?». Was bedeutet das für die Politik? Von Beat Gygi

Knapp drei Jahre ist es her, dass Dina Pomeranz aus den USA in die Schweiz zurückgekehrt ist und an der Universität Zürich ihre Stelle als Assistenzprofessorin für Ökonomie angetreten hat. Sie hat rasch viel daraus gemacht. Im vergangenen Jahr lag sie als Newcomerin auf der NZZ-FAZ-Rangliste der einflussreichsten Ökonominen und Ökonomen in der Schweiz an dreizehnter Stelle. In sozialen Medien trat sie noch prominenter in Erscheinung, vor allem mit Spitzenpositionen auf Twitter. Da mischt sie in Diskussionen über Sozialhilfe, Arbeitslosigkeit, Medienpolitik oder Personenfreizügigkeit unmittelbar in der Aktualität mit, als Akademikerin in direktem Pingpong mit Politikern und Medienleuten. Das gibt ein gutes Gefühl, oder?

«Rankings in der Wissenschaft finde ich eine zwiespältige Sache», sagt Dina Pomeranz im Gespräch via Bildschirm, «damit macht man die Forschung zu einer Art Sport, aber unsere Arbeit ist anders gelagert, sie soll eigentlich dazu beitragen, die Welt besser zu verstehen.» Klar, es sei wichtig, Erkenntnisse aus der Forschung so wirksam wie möglich ins Publikum zu bringen, und Rankings böten auch immer Gelegenheit, um wirtschaftliche Themen breiter ins Gespräch zu bringen. Dennoch entsprächen Ranglisten mit einzelnen Heldenfiguren nicht der Natur ihrer Arbeit. «Wenn schon, ist es ein Teamport und nicht ein Einzelwertkampf», meint sie.

Fragen der Weltanschauung

Aber auch aus dieser Sicht ist sie bestens positioniert. Sie kam Mitte 2017 aus Harvard ans Department of Economics der Universität Zürich, das zu den grössten und renommiertesten wirtschaftswissenschaftlichen Instituten Europas zählt – auch dank früheren Spitzenleistungen der Ökonomen Bruno S. Frey sowie Ernst Fehr, der zudem 2010 von der UBS eine 100-Millionen-Spende erlangte und den auf 35 Professorenstellen angewachsenen Zürcher Kraftapparat mit dem UBS Center for Economics in Society aufbaute. Auch zur Politik hat Pomeranz eine Verbindung geknüpft; als Mitglied der Beratenden Kommission für Internationale Zusammenarbeit des Auswärtigen Amtes erläuterte sie Politikern in Bern etwa Fragen zur Entwicklungszusammenarbeit.



Näher beim relevanten Leben: Ökonomin Pomeranz.

Entwicklungsoökonomie ist ihr Hauptgebiet, und zwar aus Mikrosicht. Also nicht Länderdaten wie das Bruttonationalprodukt oder Exportquoten stehen im Fokus, sondern die Verhältnisse und Anreize der einzelnen Menschen und deren Verhalten, etwa in Ecuador, Kenia oder Ghana: Wie verändert man das Sparverhalten, was bedeuten Mikrokredite für Frauen, wie wirkt der Handel auf Ungleichheit, wie bekämpft man Malaria? Für die chilenische Regierung hat ihr Team untersucht, wie die Dokumentenspur in der Mehrwertsteuer das Hinterziehen reduziert. Halt – soll man einer Regierung überhaupt helfen, ihre Steuereinnahmen zu erhöhen, die ja oft nicht im Sinn der Bürger verwendet werden? Dina Pomeranz: «Die Frage, wie viel Steuern der Staat erhalten soll, ist eine separate Thematik von der Steuerhinterziehung. Ungeachtet der Staatsquote kann Steuerhinterziehung zu grossen Verzerrungen führen zwischen wirtschaftlichen Aktivitäten. Wenn in gewissen Bereichen einfach viel hinterzogen werden kann, werden andere umso mehr steuerlich belastet. Unabhängig von der politischen Ausrichtung ist es deshalb

wichtig zu verstehen, welche Massnahmen Steuerhinterziehung reduzieren.»

Das sei eine empirische Aufgabe, und je mehr Evidenz die Ökonomie liefere, desto weniger Platz bleibe für Ideologie. «Gewiss, bei manchen Themen geht es um Meinungen, man kann für mehr Staat oder für weniger Staat eintreten, für mehr oder für weniger Umverteilung», sagt sie, das seien Fragen der Weltanschauung. Viele weitere Aspekte seien aber empirisch zu klären, etwa die Frage, ob Sozialhilfe die Leute dazu bringe, weniger zu arbeiten («Nein»). «Die Rolle der heutigen Volkswirtschaftsforschung sehe ich darin, Informationen zu Sachfragen zu liefern und politische Entscheidungen zu unterstützen nach dem Muster «Wie ist es in Wirklichkeit?» und nicht «Wie hätte ich es gerne?».

Wie ist Dina Pomeranz zur Ökonomie und zu ihren Themen gekommen? «Schon als Kind habe ich mir immer wieder überlegt, wie unsere Gesellschaft funktioniert», sagt sie. Im Gymnasium machte sie mit achtzehn Jahren ein Austauschjahr im Ausland, sie wurde nach Costa Rica geschickt. Das Leben in einem Land mit niedrigerem Einkommen führte sie zur Frage, wie es zu derartigen

Unterschieden zwischen verschiedenen Ländern kommen könne. «Aus diesem Interesse heraus habe ich dann in Genf mit dem Studium Internationale Beziehungen begonnen.»

Nicht Wirtschaft? «Nein, nie im Leben wäre ich damals auf die Idee gekommen, Wirtschaft zu studieren, denn ich dachte, das hat nur mit Business und Management zu tun», sagt sie. Aber dann musste sie ihr Studium Volkswirtschaftslehre als obligatorisches Fach belegen – und da habe es sie gepackt: viel spannender als gedacht, viel breiter als Bruttonationalprodukt und Makroökonomie, es wurden viele gesellschaftliche Themen behandelt. In der Ent-



«Wer was zu sagen hat,
Hat keine Eile,
Er lässt sich Zeit
Und sagt's in einer Zeile.»

wirtschaftslehre sah sie dann die ideale Verbindung ihrer inhaltlichen Interessen mit Methoden und Denksätzen der Ökonomie.

Wie kam sie nach Harvard? «Das war auch eine interessante Wendung», meint Pomeranz; als Teilnehmerin an einem der Sommerkurse am Studienzentrum Gerzensee der Nationalbank sei sie mit dem Gastreferenten, dem bekannten Harvard-Ökonomieprofessor Alberto Alesina, so ins Debattieren geraten, dass er sich bereit erklärte, ihr einen Empfehlungsbrief für Harvard zu schreiben. «Es war ein glücklicher Zufall, aber auch ein Beispiel dafür, wie die Nationalbank Studierenden immer wieder den Zugang zur internationalen akademischen Welt ermöglicht.» Sie wollte jedoch nicht in die Akademie, sondern nur den PhD, also das Doktorat, machen, um dann in die Praxis zu gehen.

Aber bei der Art, wie man in Harvard Forschung betreiben konnte, in direktem Austausch mit Regierungen und Institutionen zu handfesten Fragen, habe sie sich gar nicht mehr zwischen Theorie und Praxis entscheiden müssen, beides sei da ideal kombiniert worden. Aus den geplanten fünf wurden zwölf Jahre, zuerst an der Harvard-Ökonomieabteilung, dann am Poverty Action Lab des MIT und schliesslich an der Harvard Business School, an der Fallstudien und Managementausbildungen wesentliche Teile des Angebots bilden. Viele Studierende und Dozierende sind in erfolgreichen Projekten und Geschäften engagiert. «Da trifft man sich an einen Tag zum Essen mit dem Kollegen und Milliardär aus dem Büro von nebenan, die Woche darauf leitet ich eine Fokusgruppe mit Leuten in Chile, von denen einige das Essen lassen mussten, weil sie es sich nicht leisten konnten – die Gegensätze waren enorm.»

Politische Polarisierung in den USA

Und wie erlebt sie die Schweiz nun? «Ich bin begeistert», sagt sie, die in Zürich aufgewachsen ist, «auch drei Jahre nach meiner Rückkehr noch.» Vieles von dem, was vor ihrem Weggang toll gewesen sei, sei immer noch da, und das, was sie früher als weniger gut empfunden habe, eine gewisse Enge und Abgrenzung gegenüber Ungewohntem, sei besser geworden. Heute schätze sie die Schweizer Institutionen mehr denn je. Auch dank der direkten Demokratie werde viel öffentlich diskutiert und durchdacht, Politiker müssten ihre Vorlagen dauernd verteidigen, das sei viel näher beim relevanten Leben als die Frage, ob Trump nun orange Haut haben oder nicht. «Bei uns hängt viel weniger an einzelnen Personen und viel mehr an Sachfragen, das ist super.» Die Polarisierung in den USA habe sie erschreckt, auch in den Medien gebe es separate Welten mit Fox News gegen MSNBC et cetera. Deshalb habe sie sich seinerzeit gegen die «No Billag»-Initiative engagiert. In der Medienwelt brauche es ein qualitativ hochwertiges, verlässliches Zentrum als gemeinsame Diskussionsgrundlage. ○